

Protokoll Nr. 10 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirates Schwachhausen am 24.09.2019 in der Mensa des Kippenberg-Gymnasiums

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 21:30 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|--|--|
| a) vom Beirat | Songül Aslan
Christian Carstens
Gudrun Eickelberg
Wiebke Feuerhake
Maria-Katharina Gonther
Sandor Herms Herms
Jörn Linnertz
Gabriele Schmidt
Dr. Wolfgang Schober | Miriam Benz
Hela Dumas
Anna Faethe
Dr. Michael Fillié
Markus Gonther
Klaus-Peter Land
Kay Middendorf
Maria Schmidt
Dr. Hans-Peter Volkmann |
| b) vom Ortsamt | Dr. Karin Mathes
Thomas Berger | |
| c) Gäste | Markus Haacke (Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (SWAE))
Sara Dahnken, Michael Grzela (Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Jugendfreizeitheim Parkallee)
Anne Cathrin Winkelmann (Verein für akzeptierende Jugendarbeit (Vaja), Treffpunkt Ulrichsstraße) | |

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Frau Dr. Mathes Songül Aslan (SPD) als Nachfolgerin des ausgeschiedenen Stefan Pastoor als neues Beiratsmitglied und bietet ihr eine gute Zusammenarbeit an.

Frau Aslan stellt sich anschließend vor.

Die vorgelegte Tagesordnung wird geändert: Als neuer TOP 7 wird „Nachwahl in die Fachausschüsse“ in die Tagesordnung aufgenommen. Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung genehmigt.

Das Protokoll Nr. 9 der öffentlichen Beiratssitzung am 27.08.2020 wird genehmigt.

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Dr. Volkmann bittet, im Zusammenhang mit der gerade erfolgenden Neu-Asphaltierung der Wachmannstraße zwischen Schubertstraße und Schwachhauser Ring folgende Fragen an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zu richten:

1. Welche Kosten sind mit der gerade durchgeführten Maßnahme verbunden?
2. Können die Menschen in Schwachhausen nun auch erwarten, dass Fuß- und Radwege, die sich in einem nicht ordnungsgemäßen Zustand befinden, saniert werden?
3. Wie begründet das Ressort, dass der Beirat Schwachhausen trotz seiner Mitwirkungsrechte nach § 10 Abs. 1 lit. 3 Ortsbeirätegesetz im Vorfeld nicht beteiligt wurde?

Ergänzend verdeutlicht Herr Middendorf, dass die durchgeführte Maßnahme als verkehrslenkend im Sinne von § 10 Ortsbeirätegesetz anzusehen sei.¹

¹ § 10 Abs. 1 lit. 3 des Ortsbeirätegesetzes lautet wie folgt: „Der Beirat entscheidet über (...) 3. verkehrslenkende, -beschränkende und -beruhigende Maßnahmen, soweit diese stadtteilbezogen sind; (...)“

Herr Land erwidert, dass die Bremische Bürgerschaft auch mit den Stimmen der CDU-Fraktion den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2025 beschlossen habe, der die Einrichtung von Fahrrad-Premiumrouten vorsehe. Die Wachmannstraße sei Teil einer solchen stadtweiten Premiumroute. Verschiedentlich hätten Radfahrer*innen sich beschwert, dass sie auf diesem Teilstück durch zu dicht auffahrende Kfz bedrängt würden. Allerdings hätte auch er sich eine vorherige Information gewünscht.

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Ein Anwohner der Wätjenstraße beschwert sich erneut, dass seinem Wunsch, in der Wätjenstraße weitere Poller zu setzen, um das Parken von Kfz auf dem Fuß- und Radweg zu unterbinden, nach wie vor nicht entsprochen sei.² Stattdessen sei ihm vom Ortsamt mitgeteilt worden, dass das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) prüfen solle, ob der Fahrradweg zum aufgesetzten Parken freigegeben werden könne.

Frau Dr. Mathes stellt hierzu fest, dass zunächst der Sachverhalt abschließend geklärt werden müsse, bevor das zuständige Gremium in öffentlicher Sitzung darüber entscheiden könne. Zu dieser Sitzung werde auch der Anwohner eingeladen.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass

- die Bremer Stadtreinigung (dbs) nach Rücksprache mit dem beauftragten Unternehmen Abfalllogistik Bremen GmbH bis auf weiteres alle Altkleidercontainer an Wertstoffsammelplätzen stilllege. An den Recycling-Stationen sei die Abgabe von Altkleidern weiterhin möglich. Die dbs begründe dies mit Personalengpässen. Frau Dr. Mathes bedauert diese Entscheidung, da sie die nicht zufriedenstellende Situation an den Wertstoffsammelplätzen weiter verschärfen werde;
- seit 15.09. mit Seyit Dalgic im Ortsamt wieder ein Freiwilliger im Sozialen Jahr Politik tätig sei.

TOP 2: Sachstand zum Zentren- und Nahversorgungskonzept (ZNK)

Frau Dr. Mathes hält eingangs fest, dass der Beirat die Fortschreibung des Zentren- und Nahversorgungskonzepts (ZNK) bereits beraten und auch Stellung bezogen habe.³

Herr Haacke weist zunächst darauf hin, dass die abschließende Fortschreibung des ZNK im November 2020 den zuständigen Deputationen für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung sowie Wirtschaft und Arbeit vorgelegt werden solle. Die Stellungnahme des Beirats Schwachhausen sei abgewogen worden.⁴

- Der Standort H.-H.-Meier-Allee/ Emmaplatz sei nicht als Nahversorgungszentrum (NVZ) zu führen, weil die hierfür geltenden Kriterien nicht erfüllt seien. Es fehle an einem größeren Nahversorgungsbetrieb; der Nahversorgungsstandort Kulenkampffallee sei zu weit entfernt, um dies ausgleichen zu können. Allerdings würden die Entwicklungsziele für diesen Standort ergänzt, um möglichst in Zukunft wieder ein NVZ zu erreichen;
- die Erweiterung des NVZ Schwachhauser Heerstraße um die Kirchbachstraße zwischen

² Der Bürger hatte sein Anliegen bereits in der Beiratssitzung am 27.08.2020 vorgebracht, siehe [Protokoll Nr. 9](#) (TOP 1).

³ Das Zentren- und Nahversorgungskonzept wurde in einer früheren Fassung auf der Beiratssitzung am 27.02.2020 vorgestellt, siehe [Protokoll Nr. 6](#) (TOP 2) und die Anlagen [Anschreiben Zentren- und Nahversorgungskonzept](#), [Präsentation Zentren- und Nahversorgungskonzept](#) und [Fortschreibung ZNK-Gutachten](#). Der Beirat hatte in der damaligen Sitzung bemängelt, dass der Standort H.-H.-Meier-Allee/ Emmaplatz nicht mehr als Nahversorgungszentrum geführt werden soll. Der Beirat kam in dieser Sitzung zu folgendem Beschluss:

„Der Beirat spricht sich dafür aus, dass der Bereich H.-H.-Meier-Allee/ Emmaplatz weiterhin als Nahversorgungszentrum definiert und von einer Herabstufung abgesehen wird. Der gemäß Konzept „besondere Nahversorgungsstandort“ Kulenkampffallee ist Teil des Nahversorgungszentrums H.-H.-Meier-Allee/ Emmaplatz. Trotz der dazwischenliegenden Wohnbebauung muss die gesamte Achse betrachtet werden. In diesem Kontext weist der Beirat auf die gute Fahrraderreichbarkeit und die hohe Nutzung des Fahrrads im Stadtteil hin. Die gewählten Kriterien des Konzepts bilden nicht die Realität ab.

Zudem sollte das Nahversorgungszentrum Schwachhauser Heerstraße um den Bereich Kirchbachstraße zwischen Schwachhauser Heerstraße und Kurfürstenallee ergänzt werden, dessen Ladenzeilen ebenfalls zu dem Nahversorgungszentrum gehören. Damit kann dem Stadtteil mehr Entwicklungspotential ermöglicht werden.“

⁴ Das Anschreiben zur vorläufigen Fassung des Zentren- und Nahversorgungskonzepts ist als **Anlage 1a** diesem Protokoll angefügt, ein Auszug aus der vorläufigen Fassung als **Anlage 1b** und ein Auszug, wie die Stellungnahme des Beirats abgewogen wurde, als **Anlage 1c**.

Heerstraße und Kurfürstenallee sei nicht möglich, weil dort nur vereinzelt Einzelhandel angesiedelt sei.

Insgesamt mangle es dem Stadtteil an Verkaufsfläche, insbesondere fehle ein Drogeriefachmarkt. Deshalb gehe es darum, die bisherigen Standorte zu erhalten und zu stärken. Dabei sei es hilfreich, wenn seitens des Stadtteils mögliche Verkaufsflächen mitgeteilt würden.

Auf Nachfrage erwidert Herr Haacke, dass das ZNK keinen Einfluss darauf habe, welche Art Geschäfte sich ansiedelten. Dies sei allein die Entscheidung der Immobilien-Eigentümer*innen.

Zum Abschluss verdeutlicht Frau Dr. Mathes, dass das ZNK insbesondere dann eine Rolle spiele, wenn neue Bebauungspläne aufgestellt würden und die Art der Nutzung zu entscheiden sei. Allerdings sei in Schwachhausen absehbar nicht mit Bauleitplan-Verfahren zu rechnen.

TOP 3: Offene Jugendarbeit und Mittelbedarfe für 2021

Eingangs macht Frau Dr. Mathes deutlich, dass es in Schwachhausen nur zwei Jugendeinrichtungen gebe, das vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) getragene Jugendfreizeitheim an der Parkallee und den vom Verein für akzeptierende Jugendarbeit (Vaja e.V.) betriebenen Treffpunkt auf dem Spielplatz Ulrichsstraße.⁵ Über die Verteilung der dem Stadtteil zustehenden finanziellen Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit werde im Controllingausschuss (CA) beraten. Dort seien neben dem Amt für Soziale Dienste (AfSD) das DRK und Vaja stimmberechtigt vertreten sowie mit Maria-Katharina Gonther und Gudrun Löser-Dee zwei Mitglieder aus den Beirats-Gremien. Der Beirat müsse letztendlich der vorgeschlagenen Mittelverteilung zustimmen.⁶

Sodann erläutert Herr Grzela, dass das Jugendfreizeitheim seit vergangener Woche das Programm wieder ausweiten könne. Nach dem Corona-bedingten Lockdown und mehrmonatiger Schließung sei das Freizi zunächst nur für vier zeitgleich anwesende Teilnehmer*innen offen gewesen, inzwischen seien acht zugelassen. Das Freizi habe ein neues, der Situation angepasstes Programm erarbeitet. Neben ihm arbeite eine weitere Kollegin im Freizi, beide jeweils mit 23 Wochenstunden. Ergänzt würden sie durch zwei Honorarkräfte. Das Freizi betreibe offene Jugendarbeit, d.h. es richte sich nach den Interessen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen aus. Das Freizi unterhalte nach wie vor die Kooperation mit der Oberschule Am Barkhof.

Auf Nachfragen äußern Frau Dahnken und Herr Grzela:

- Das Freizi bestehe etwa seit dem Jahr 2000;
- die Kooperation mit der Oberschule sei daraus entstanden, dass das Freizi zeitweilig von den Jugendlichen nicht gut angenommen worden sei. Die Kooperation laufe auch heute noch gut – die Schul-AG werde von 12 bis 14 Jugendlichen besucht. Das Freizi könne aber inzwischen auch wieder eigenständig bestehen;
- die meisten Kinder und Jugendlichen seien im Alter zwischen 10 und 14 Jahren;
- das Freizi versuche niedrigschwellig zu arbeiten, um den Jugendlichen den Zugang zu erleichtern. Es berate die Jugendlichen auch nach deren individuellen Bedürfnissen und sei als Rückzugsort gefragt;
- vor der Schließung wären 10 bis 15 Jugendliche je Öffnungstag anwesend gewesen. Damals hätten die Räumlichkeiten und der Innenhof Platz für bis zu 30 Personen geboten, im Winter habe die Obergrenze bei etwa 15 Personen gelegen;
- während der Schließung der Räumlichkeiten habe es Aktivitäten im Freien und online gegeben;
- zum Hygienekonzept gehöre, dass die Kontaktdaten der anwesenden Jugendlichen erfasst werden müssten. Das Tragen einer Maske und die Einhaltung von Abstandsregeln seien aber freigestellt.

Frau Dahnken macht deutlich, dass sie aufgefordert sei, im Vorgriff auf die Beratungen des CA die Kosten für das Jahr 2021 zu kalkulieren. Dieser solle eigentlich Mitte Oktober beraten. Da

⁵ Näheres zum Jugendfreizeitheim Parkallee findet sich unter <https://www.drk-bremen.de/angebote/jugend/freizis/freizi-parkallee/>, näheres zu Vaja e.V. findet sich unter <https://vaja-bremen.de/>.

⁶ Für das Jahr 2020 standen dem Stadtteil rund € 153.000 zur Verfügung. Davon entfallen knapp € 103.000 auf das Jugendfreizeitheim Parkallee und etwa € 42.500 auf die Arbeit von Vaja e.V.

aber erst am 12.11.2020 über die inzwischen für überregionale Projekte bereitstehenden Mittel entschieden werde, könne der CA erst im Anschluss zusammenkommen, so dass der Beirat voraussichtlich erst im Dezember über die Mittel-Verteilung entscheiden könne. Für das laufende Jahr müsse das Freizi mit etwa € 103.000 für Personal- und Betriebskosten auskommen. Sie gehe davon aus, dass sich der Bedarf für 2021 in ähnlicher Höhe bewegen werde.

Frau Winkelmann bestätigt die Corona-bedingten Einschränkungen für die Jugendarbeit. Aus diesen Einschränkungen habe sich eine neue Verbindung zum Freizi ergeben. Gegenwärtig werde geprüft, ob Vaja auch Räumlichkeiten des Freizi nutzen könne. Im Gegensatz zum Freizi arbeite Vaja aber mit älteren Jugendlichen und v.a. mit festen Cliques. Vaja sei nicht nur auf dem Spielplatz Ulrichsstraße anzutreffen, sondern bewege sich auch durch das Quartier. Auf dem Spielplatz nutze Vaja einen Unterstand sowie das kleine Haus des Vereins „Treffpunkt Ulrichsstraße“. Neben ihr arbeite eine weitere Mitarbeiterin von Vaja im Stadtteil sowie zwei studentische Hilfskräfte. Wie beim Freizi werde auch bei Vaja der Mittelbedarf für 2021 nahe am laufenden Jahr liegen.

Auf Nachfrage erwidert Frau Winkelmann, dass unter den Jugendlichen, mit denen Vaja arbeite, auch Geflüchtete seien.

Nach einem Hinweis von Frau Aslan bittet Frau Dr. Mathes beide Einrichtungen, auch Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen aus den Kampa-Häusern herzustellen.

TOP 4: Antrag der Grünen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bei der Grundschule Carl-Schurz-Straße

Frau Dr. Mathes stellt fest, dass zunächst ein Antrag der Grünen vorgelegen habe, der nochmals überarbeitet worden sei. Als Gegenantrag liege ein Antrag der CDU vor.⁷

Zunächst stellt Herr Land den Antrag der Grünen vor. Er betont dabei, dass es die Problematik der „Elterntaxis“ seit vielen Jahren gebe und alle Hinweise der Grundschulen, hierauf zu verzichten, bislang an der Uneinsichtigkeit der betreffenden Eltern gescheitert seien. Es gebe mit dem Schulexpress einen sicheren Weg, zur Schule zu kommen. Die Straße vor den Schulen zeitweise zu sperren, sei ein geeignetes Mittel für mehr Sicherheit und in anderen Städten bereits erprobt. Der Antrag seiner Fraktion sei als Prüfauftrag zu verstehen und solle dazu dienen, die Verkehre mehr zu verteilen.

Anschließend stellt Herr Linnertz den Antrag der CDU-Fraktion vor. Er unterstreicht dabei, dass es einen Konsens in der Ablehnung von Elterntaxis gebe. Allerdings sei dies kein Grund, rechtswidrige Maßnahmen wie eine zeitweise Sperrung der Straße als Lösung vorzuschlagen. An der Grundschule Carl-Schurz-Straße werde integrativ beschult, so dass es Kinder gebe, die unmittelbar bis zur Schule gebracht werden müssten.⁸ Seine Fraktion erneuere daher ihre Forderung, dass die Hochpflasterung vor der Schule farblich hervorgehoben werde, um den motorisierten Verkehr anzuhalten, vorsichtig zu fahren. Wende-Manöver in der Zuwegung zur Schule müssten unterbunden werden, indem zusätzlich ein Poller gesetzt werde.

Herr Dr. Stoevesandt (Elternbeirat der Grundschule Carl-Schurz-Straße) berichtet, dass sich der Elternbeirat gegen eine Sperrung der Straße ausspreche. Eine Sperrung werde die Problematik in die Georg-Gröning-Straße verlagern und auf dem Hintergrund des durch die Kanalbau-Maßnahme gesperrten Schwachhauser Rings zu weiteren Umleitungsverkehren im Quartier führen. Der Elternbeirat spreche sich hingegen für die farbliche Hervorhebung der Hochpflasterung aus – diese sei augenblicklich schlecht zu sehen – und für die Aufstellung eines zusätzlichen Pollers. Die Problematik der Elterntaxis bestehe an allen Bremer Grundschulen, in Schwachhausen betreffe es v.a. die Grundschulen Carl-Schurz-Straße und Baumschulenweg. Die Problematik trete verstärkt zu Schuljahresbeginn auf, schwäche sich dann bis zu den Herbstferien ab und nehme anschließend auf Grund des schlechteren Wetters wieder zu. Am 06.10.2020 werde zusammen mit dem zuständigen Kontaktpolizisten ein „Schulexpress-Tag“ stattfinden, um für dessen Verwendung zu werben.

⁷ Der von den Grünen nochmals überarbeitete Antrag ist als **Anlage 2a** diesem Protokoll angefügt. Er betraf ursprünglich nur die Grundschule Carl-Schurz-Straße, wurde dann aber auch auf die Grundschule Baumschulenweg erweitert. Der Alternativantrag der CDU ist als **Anlage 2b** diesem Protokoll angefügt.

⁸ An der Grundschule Carl-Schurz-Straße werden auch Kinder mit dem Förderbedarf „Wahrnehmung und Entwicklung“ beschult.

Herr Carstens betont, dass die Schulen bei der Regelung der Problematik einbezogen werden müssten. Er sehe Einigkeit in der Frage, Elterntaxis zu unterbinden. Die von der CDU in Punkt 3 ihres Antrags geforderten Plakate müssten im Grunde in der ganzen Stadt angebracht werden. So könne auch eine Reduzierung der Druckkosten für den Stadtteil erreicht werden.

Frau Eickelberg macht deutlich, dass der im Konsens in der Bürgerschaft beschlossene Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2025 vorsehe, versuchsweise Straßen zu sperren, um vor Schulen die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Frau Faethe stellt fest, dass sie beiden Anträgen etwas abgewinnen könne. Allerdings fürchte sie, dass eine zweitweise Sperrung der Straße die Probleme nur verlagern werde.

Anschließend schlägt Herr Linnertz zur Kompromissbildung folgende Änderungen am Antrag seiner Fraktion vor:

- Punkt 1 aus dem Antrag der CDU werde wie folgt verkürzt: „Der Beirat Schwachhausen fordert neuerlich eine farbliche Hervorhebung der Überwegung über die Carl-Schurz-Straße vor der Grundschule. Der jetzige Zustand ist riskant und gefährdet das Leben und die Gesundheit von Kindern. Er fordert den Senat auf, die Behörde anzuweisen, eine farbliche Hervorhebung umzusetzen“;
- Punkt 2 werde auf folgende Fassung zurückgenommen: „Der Beirat Schwachhausen erwartet, dass die Zuwegung von der Überwegung zur Einfahrt der Grundschule an der Carl-Schurz-Straße mit der alten Pflasterung wiederhergestellt und Wendeverkehr durch einen umklappbaren Poller bei der Überwegung blockiert wird“;
- Punkt 3 werde gestrichen bzw. in den Verkehrsausschuss überwiesen.

Frau Dr. Mathes stellt fest, dass sich der Beirat einig sei, beide Anträge in ihrer vollständigen Fassung zur weiteren Diskussion in den Fachausschuss „Verkehr“ zu überweisen.

Frau Dr. Mathes lässt dann über den geänderten Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

- Punkt 1 stimmt der Beirat bei zwei Enthaltungen einstimmig zu;
- Punkt 2 stimmt der Beirat einstimmig zu.

TOP 5: Antrag der CDU zum aufgesetzten Parken in der Albersstraße⁹

Für die Fraktion der CDU stellt Herr Middendorf den Antrag vor.¹⁰ Er unterstreicht, in der Albersstraße werde seit 30 Jahren toleriert, dass Kfz aufgesetzt abgestellt würden. Sollte es zu Kontrollen kommen, würden etwa 50% der Stellplätze als illegal entfallen. Das ließe sich den Anwohner*innen nicht vermitteln. Er sehe hier einen Widerspruch zwischen geltendem Recht und Rechtspraxis, der aufgelöst werden sollte. Auch mit Blick auf die Einführung von Bewohnerparken sei es notwendig, mehr legale Stellplätze zu schaffen. Allein aufgesetztes Parken abzulehnen, reiche in diesem Fall nicht. In Schwachhausen bestehe eine hohe Pkw-Dichte, die in den letzten Jahren weiter gewachsen sei. Dem lasse sich nicht mit Radikalität entgegensteuern.

Herr Vogel (Kontaktbeamter) stellt fest, dass in der Albersstraße kein Radweg bestehe, sondern ein befestigter Seitenstreifen, auf dem seines Erachtens legal aufgesetzt geparkt werden dürfe. Er sehe deshalb keinen Handlungsbedarf.

Mehrere anwesende Anwohner*innen betonen, dass sie eine Änderung des augenblicklichen Parkens nicht wünschen.

Herr Carstens sieht keinen Handlungsbedarf. Im Gegenteil halte er es für problematisch, die Behörden ausdrücklich auf die Situation aufmerksam zu machen.

Herr Land stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung: Die Debatte solle beendet und unmittelbar über den Antrag der CDU abgestimmt werden.

Herr Linnertz hält dem entgegen, dass es „unziemlich“ sei, auf diesem Weg eine Debatte abzubrechen.

Frau Dr. Mathes stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung: Er wird mit zehn Ja-Stimmen angenommen.

⁹ Eine vergleichbare Debatte wurde in der Beiratssitzung am 25.06.2020 zur Klugkiststraße geführt, siehe [Protokoll Nr. 8](#) und die Anlagen [Antrag CDU, Parken Klugkiststraße](#) und [Antrag SPD auf rechtliche Beratung zur Thematik aufgesetztes Parken](#).

¹⁰ Der Antrag der CDU ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

Anschließend lässt sie unmittelbar über den Antrag der CDU abstimmen: Der Antrag wird bei sechs Ja-Stimmen (CDU), einer Enthaltung und elf Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss an die Abstimmungen verlässt Herr Linnertz mit Verweis auf die Beschneidung von Minderheitenrechten unter Protest die Sitzung.

TOP 6: Beschlossene Stellungnahme zum Verkehrsentwicklungsplan (VEP) zur Kenntnis

Frau Dr. Mathes stellt fest, dass allen Beiratsmitgliedern die vom nicht-öffentlich tagenden Fachausschuss „Globalmittel, Koordination und Prävention“ (KoA) beschlossene Stellungnahme zur Analysephase im Rahmen der Fortschreibung des VEP bereits zugegangen sei.¹¹ Außerdem habe die Presse darüber berichtet.

Erklärend fügt Herr Land an, dass eine derartige Stellungnahme in eine öffentliche Sitzung gehöre, aber auf Grund einer engen Zeitplanung nur vom KoA habe abgegeben werden können.

TOP 7: Nachwahlen in Fachausschüsse

Frau Dr. Mathes erklärt, dass die Fraktion der SPD nach dem Weggang von Herrn Pastoor Fachausschüsse um- und nachbesetzen wolle.

Mit jeweils einstimmiger Zustimmung des Beirats wechselt Jörg Henschen aus dem Fachausschuss „Umwelt und Klimaschutz“ in den Fachausschuss „Verkehr“, Songül Aslan tritt neu in den Fachausschuss „Umwelt und Klimaschutz“ ein und Anna Faethe neu in den KoA.

Auf Nachfrage stellt Frau Dr. Mathes fest, dass der Beirat auf seiner Sitzung am 29.10.2020 über die Nachbesetzung der vakanten Position der stellvertretenden Beiratssprecher*in abstimmen werde.

Sprecherin	Vorsitzende	Protokoll
Eickelberg	Dr. Mathes	Berger

¹¹ Die vom Fachausschuss „Globalmittel, Koordination und Prävention“ (KoA) am 02.09.2020 beschlossene Stellungnahme zur Analyse-Phase des VEP ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.
Im Vorfeld der Entscheidung des KoA hatte sich bereits der Fachausschuss „Verkehr“ am 31.08.2020 mit den Ergebnissen aus der Analyse-Phase befasst, siehe [Protokoll Nr. 6](#) (TOP 1) mit weiteren Verweisen.